

Aeroflot erhält Millionenkredit

MOSKAU: Die russische Fluggesellschaft Aeroflot hat von ausländischen Banken einen dringend benötigten Kredit über 40 Millionen Dollar erhalten. Der Kredit mit einem Jahr Laufzeit solle mangelndes Betriebskapital ausgleichen, teilte Aeroflot-Chef Waleri Okulow gestern mit. Zu dem Bankenkonsortium gehören die Westdeutsche Landesbank in Düsseldorf, die Donau-Bank in Wien und die Moscow Narodny Bank in London.

Reis-Genom entschlüsselt

WASHINGTON: Wissenschaftler des Basler Agrochemiekonzerns Syngenta haben die erste grosse Analyse des Reis-Genoms vorgelegt. Es handelt sich um Forschungsergebnisse, die in dem Syngenta-Forschungsinstitut Torrey Mesa in Kalifornien erarbeitet wurden. Dies teilte das Unternehmen am Donnerstagabend (Ortszeit) in den USA mit.

Durch die erweiterte Kenntnis des Reis-Genoms könne die Reisernte auf der ganzen Welt erhöht werden, hiess es weiter. Die Analyse decke mehr als 99 Prozent der Reis-Genome mit einer Genauigkeit von 99,8 Prozent ab.

Wieder Warnstreiks

NÜRNBERG/SINDELINGEN: Im Tarifstreit der deutschen Metall-Industrie hat die Gewerkschaft gestern zum vierten Mal in Folge zu Warnstreiks aufgerufen. In Baden-Württemberg und Bayern legten bis Mittag fast 10 000 Beschäftigte zeitweilig die Arbeit nieder. In Sindelfingen bei Stuttgart demonstrierten nach Angaben der IG Metall etwa 1200 Arbeiter des Daimler-Chrysler-Werks eine Stunde vor der Fabrik. In Bayern waren es etwa 8000. Weitere Warnstreiks waren am Nachmittag in Neckarsulm geplant, in Heilbronn und in Saarbrücken.

Kodak steigt bei Gretag Imaging ein

REGENSDORF/ZH: Der US-Film- und Kamerakonzern Eastman Kodak beteiligt sich mit annähernd 5 Prozent an der Schweizer Gretag Imaging. Die finanzielle Lage der Anbieterin von Geräten und Systemen für die Foto- und Bildverarbeitung entspannt sich damit. Vorgesehen sei zudem eine begrenzte Finanzierung durch Kodak in Form einer Wandelanleihe, teilte Gretag gestern mit. Über die einzelnen Bedingungen der Vereinbarungen wurde Stillschweigen vereinbart.

REKLAM

LGT PRECIOUS METAL FUND

Anlagefonds für Edelmetallwerte
 Ausgabepreis* USD 5.22
 Rücknahmepreis USD 5.21
 per 03. 04. 2002

Informationen Telefon +423/235 13 96
 *plus Kommission

PanAlpina Sicav Alpina V

Preise vom 5. April 2002

Kategorie A (thesaurierend)
 Ausgabepreis: € 51.20
 Rücknahmepreis: € 50.10
Kategorie B (ausschüttend)
 Ausgabepreis: € 50.30
 Rücknahmepreis: € 49.26

Zahlstelle in Liechtenstein:
 Swissfirst Bank (Liechtenstein) AG
 Austraße 61, Postfach, FL-9490 Vaduz

Konzessionsverletzung droht

Telefonica wird die UMTS-Technologie wohl nicht im erwünschten Rahmen anbieten können

BERN: Die vier UMTS-Lizenznehmer in der Schweiz – Orange, Swisscom, Sunrise und Telefonica – müssen bis Ende Jahr 20 Prozent der Schweizer Bevölkerung mit der UMTS-Technologie bedienen können. Viel deutet darauf hin, dass dies nicht allen Anbietern gelingen wird.

Einer dieser Kandidaten dürfte die spanische Telefonica Moviles sein, wie es in Branchenkreisen heisst. Gemäss deren Präsident Luis Lada werden derzeit noch keine Investitionen in die dritte Mobilfunkgeneration UMTS in der Schweiz getätigt. Die Frist dürfte für Telefonica besonders bei der Suche nach Antennen-Standorten eng werden.

Lizenznehmer sind optimistisch

Der Sprecher von Telefonica Schweiz, Bruno Giussiani, zeigt sich jedoch optimistisch: «Ende Jahr werden wir 20 Prozent der Bevölkerung abdecken können.» Ausserdem stehe Telefonica in Verhandlungen mit anderen Anbietern in der Schweiz. Ziel sei, die Kosten für die Infrastrukturen zu senken.

Orange-Sprecherin Theres Wenger ist ebenfalls zuversichtlich, das Ziel zu erreichen. Orange verfüge bereits an 250 Standorten über die nötigen Baubewilligungen. Ausserdem wolle Orange bis Ende 2002 rund 1000 weitere GSM-Antennen bauen, die teilweise ebenfalls mit UMTS-Anlagen ausgerüstet werden sollen.

Auch Sepp Huber, Sprecher der Swisscom, sieht das Ziel in Reichweite. Die Swisscom suche bereits seit An-



Telefonica betätigt derzeit noch keine Investitionen in die dritte Mobilfunkgeneration UMTS in der Schweiz.

fang 2001 nach geeigneten Antennen-Standorten. Die Suche sei schwierig, führe aber dank Ausdauer zum Ziel. Sunrise werde die verlangte Abdeckung sicher bis Ende Jahr erreichen, sagte ihre Sprecherin Monika Walser auf Anfrage.

Aufmerksame ComCom

Die Aufsichtsbehörde ComCom will die Entwicklung genau beobachten. Deren Präsident Fulvio Caccia ist überrascht von Ladas Aussage. Die Telefonica-Verantwortlichen in der Schweiz hätten ihm erst vor einer Wo-

che ihre Absichten für den Schweizer Markt erläutert. Sie hätten den Willen bekräftigt, als GSM- und als UMTS-Anbieter Fuss zu fassen.

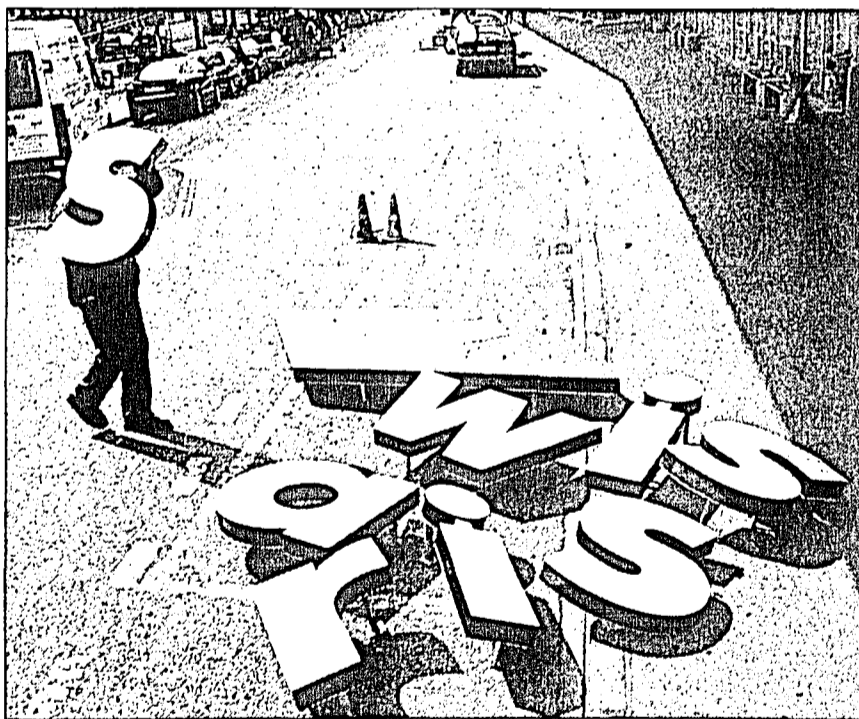
Laut Caccia liegen die Probleme vor allem bei der Technologie. Zurzeit gebe es noch keine serienreifen UMTS-Endgeräte. Auch bei den Lieferanten für die Netztechnologie gebe es Verspätungen. Der finnische Handyhersteller Nokia kündigte zwar an, am 26. September UMTS-Handys auf den Markt zu bringen. Dieser Termin wurde aber in der Vergangenheit mehrmals verschoben.

Anders sei die Lage, wenn diese Produkte auf dem Markt seien. Die vier Konzessionärinnen müssten dann nachweisen, dass sie die nötigen Anstrengungen unternommen haben, um die 20-Prozent-Abdeckung zu erreichen. Insbesondere Baubewilligungen für neue Antennen-Anlagen müssten vorliegen.

Werden die Konzessionsauflagen verletzt, führt das Bakom und die ComCom ein Aufsichtsverfahren durch. Im Fernmeldegesetz reicht die Bandbreite der Sanktionen von Bussen bis zum Konzessionsentzug.

Swissair-Debakel unter der Lupe von Ernst & Young

Volare Group verkauft – Crossair AG übernimmt Leasingverträge



Die Swissair-Spitze muss Rechenschaft über den Zusammenbruch des Flugkonzerns ablegen.

KÜSNACHT/BERN: Die Beratungsfirma Ernst & Young hat die Untersuchung des Swissair-Debakels begonnen. Ein Zwischenbericht wird laut dem Sachwalter Ende Juni erwartet. Die SAIR-Beteiligung an der Volare Group wurde für 21,6 Millionen Franken verkauft. Die Crossair AG übernimmt für 390 Millionen Dollar das Leasing von 17 Flugzeugen.

Die Wirtschaftsprüfer von Ernst & Young hätten nach der Bereinigung des Fragenkatalogs ihre Untersuchungstätigkeit bereits vor einigen Tagen aufgenommen, teilte Swissair-Sachwalter Karl Wüthrich gestern in seinem wöchentlichen Lagebericht mit. Im Zentrum der Untersuchung stehe die Verantwortlichkeit der Organe der SAIRGroup am Niedergang der Luftverkehrsholding im Zusammenhang mit der gescheiterten «Hun-

Strategie. Auch die Umstände, die zum Grounding der Swissair am 2. Oktober 2001 geführt hatten, sollen geklärt werden.

In Bern teilte gestern die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Ständerates mit, sie werde die im vergangenen Oktober begonnenen Ursachenforschungen zum Swissair-Debakel fortsetzen. Die Arbeiten der GPK könnten nahtlos in die Untersuchungen einer allfälligen parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) übergeführt werden. Der Entscheid über die Einsetzung einer PUK fällt voraussichtlich in der kommenden Sommersession des Parlaments.

Volare-Beteiligung verkauft

Weiter teilte Wüthrich den Verkauf der Swissair-Beteiligung von 48,62 Prozent an der italienischen Volare Group an ihren Verwaltungsratspräsi-

dentem Gino Zocchai sowie von 19,4 Millionen Wandelanleihen für rund 21,6 Millionen Franken mit. Im Gegenzug reduzierte die SAIRGroup ihre Forderung gegenüber der Air Europe von 20 Millionen auf 14,2 Millionen Franken. Die Air Europe fliegt unter der Holdingstruktur der Volare Group. Durch diesen Schritt soll laut Wüthrich die Rettung der angeschlagenen Volare Group und ihrer Tochter ermöglicht werden, während sich für die Swissair-Gruppe die Aussicht auf die Bezahlung der Forderung erhöht.

Der ebenfalls in Nachlassstundung stehenden Flightlease AG sei die Be-

willigung zum Verkauf des wirtschaftlichen Interesses an 17 Flugzeugen für 390 Millionen Dollar (rund 651 Millionen Franken) erteilt worden. Käuferin ist die Crossair AG, die laut ihrem Sprecher Herbert Schmell damit ein günstiges Geschäft machte. Den Flightlease-Gesellschaften fliesst laut Wüthrich ein Nettoerlös von rund 100 Millionen Dollar (167 Millionen Franken) zu. Durch die Vereinbarung habe das Entstehen von vertraglichen Schadensersatzzahlungen in der Höhe von rund 75 Millionen Euro (rund 110 Millionen Franken) an die Leasinggeber vermieden werden können.

Gesetz vom 3. Mai 1996 über Investmentunternehmen (IUG)

Änderung der Fondsreglemente von

UBS Swissfonds 1
 UBS Swissfonds 2
 UBS Swissmobil 1961

UBS Fund Management (Switzerland) AG, Basel, als Fondsleitung und UBS AG, Basel und Zürich, als Depotbank der oben genannten Anlagefonds beabsichtigen, die bestehenden Reglemente dieser Anlagefonds in den §§ 16 Ziffer 1 und 22 Ziffer 3 und Ziffer 4 zu ändern.
 Die vorgesehene Reglementänderungen dienen der Vereinfachung der Fondsreglemente im Hinblick auf die geplante Fondsvereinigung von UBS Anfos 1, UBS Anfos 2, UBS Swissfonds 1, UBS Swissfonds 2 und UBS Swissmobil 1961 per 1. Oktober 2002 und deren effizienten Vollzug. Die beabsichtigte Fondsvereinigung erfolgt zur Straffung und Bereinigung der historisch gewachsenen UBS Immobilienfondsstruktur und ermöglicht eine Erhöhung der Transparenz des Immobilienfondsangebots und Optimierung der Wirtschaftlichkeit der Fonds. Die per 1. Oktober 2002 geplante Fondsvereinigung sieht vor: UBS Anfos 2, UBS Swissfonds 1, UBS Swissfonds 2 und UBS Swissmobil 1961 (als übertragende Fonds) mit UBS Anfos 1, (als übernehmender Fonds) zu vereinen. Die diesbezügliche Publikation wird zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Im Einzelnen sind folgende Änderungen vorgesehen:

- § 16 Ziffer 1 von UBS Swissfonds 1 und UBS Swissfonds 2 lauten neu:
 1. Das Rechnungsjahr 2001/2002 dauert vom 1. Juli 2001 bis zum 30. September 2002. Ab dem Rechnungsjahr 2002/2003 läuft das Rechnungsjahr jeweils vom 1. Oktober bis zum 30. September.
- § 16 Ziffer 1 von UBS Swissmobil 1961 lautet neu:
 1. Das Rechnungsjahr 2002 dauert vom 1. Januar 2002 bis zum 30. September 2002. Ab dem Rechnungsjahr 2002/2003 läuft das Rechnungsjahr jeweils vom 1. Oktober bis zum 30. September.
- § 22 Ziffer 3 und Ziffer 4 von UBS Swissfonds 1, UBS Swissfonds 2 und UBS Swissmobil 1961 lauten neu:
 3. Das vorliegende Reglement ersetzt das Reglement vom 1. Oktober 2001
 4. Das vorliegende Reglement tritt am [Datum des Inkraft-Tretens] in Kraft.

Wir weisen die Anleger darauf hin, dass sie innert 30 Tagen seit der zweiten und letzten Veröffentlichung dieser Reglementänderungen bei der Eidgenössischen Bankkommission, Postfach, 3001 Bern Einwendungen erheben oder die Auszahlung ihrer Anteile in bar verlangen können.

Basel, 05. April 2002

Die Fondsleitung:
 Die Depotbank:

UBS Fund Management (Switzerland) AG
 UBS AG

Zahlstelle und Vertreter in Liechtenstein:
 Liechtensteinische Landesbank Aktiengesellschaft
 Städtle 44
 9490 Vaduz